



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Zwei-Klassen-Pflegefinanzierung beenden

Insbesondere von der SPD wird immer wieder die Bürgerversicherung fokussiert. Dabei könnten gravierende Ungerechtigkeiten im bestehenden System mit geringem Aufwand behoben werden. Gemeint ist eine spürbare Entlastung der Bewohner sowie der Träger von Pflegeheimen durch systemgerechte Übernahme der Kosten für Behandlungspflege und Hilfsmittel durch die Krankenkassen. Bereits 1996 mit Einführung der Pflegeversicherung wurden die Leistungen der Behandlungspflege für Versicherte in stationärer Pflege in einem Deal der Minister Seehofer und Blüm zunächst befristet bis 2001 der Pflegeversicherung auferlegt und verschwand dann aus dem parlamentarischen Fokus. Dagegen ist in der ambulanten Versorgung die duale Finanzierung durch Pflege- und Krankenversicherung seit 1995 selbstverständliche Leistung. Diese Ungleichbehandlung währt nun mehr als 20 Jahre und hat den stationären Pflegeeinrichtungen und den aktuell 800.000 Bewohnern seither 22 Mrd. Euro entzogen. Für Pflegende bedeutet diese eine mangelnde Refinanzierung mit den Konsequenzen Zeitdruck und Überlastung.

Bei den belegten Überschüssen der gesetzlichen Krankenkassen gibt es kein Argument für die Aufrechterhaltung dieser Zwei-Klassen-Pflegefinanzierung. Das Bundesministerium für Gesundheit bestätigte, dass die Finanzreserven der Krankenkassen aktuell 17,5 Milliarden Euro betragen.

Also, wenn nicht jetzt, wann dann?

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



Was nun, Herr Rüddel?

Den Vorsitz für den Gesundheitsausschuss wird Erwin Rüddel (CDU) übernehmen. In der Vergangenheit ist er besonders durch seine Blockade-Aktivitäten des Pflegeberufereformgesetzes aufgefallen. Zudem hat sein jüngster Tweet, indem er den Pflegekräften die Schuld an dem Fachkräftemangel zuweist, einen Shitstorm #twitternwierueddel ausgelöst.

Es bleibt somit abzuwarten, inwiefern er als Vorsitzender gewillt ist, zu einer Aufwertung des Pflegeberufes beizutragen.

#twitternwierueddel

Inhalt

- 1 • Was nun, Herr Rüddel?
- 2 • Wie geht es weiter mit der Pflege?
- 3 • CARE Klima-Index
 - CSU plant eigenes Landesamt für Pflege und Gesundheit
 - NRW übernimmt Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz
- 4 • Neues vom Landespflegerat Thüringen
 - Uniklinik Münster schließt Station
 - Frühjahrsakademie in Bayern
- 5 • Ererbter Schmerzensgeldanspruch
 - Niels H.: Weitere Mord-Vorwürfe
 - Gesetz gegen Abrechnungsbetrug
- 6 • Kalter Sondierungskaffee als Koalitionsespresso?
 - Jubilare
- 7 • Veranstaltungen
- 8 • DPV ganz nah

Kongress Pflege 2018 in Berlin

Wie geht es weiter mit der Pflege?

Erneut hat sich die Pflegebranche in Berlin getroffen, um über die aktuellen Entwicklungen und die Zukunft der Pflege zu diskutieren. Neben dem Hauptprogramm im Maritim Hotel erwarteten die Besucher zahlreiche weitere Highlights. Der Kongress war mit 1.700 Teilnehmern aus ganz Deutschland ein erfolgreicher Start ins neue Fortbildungsjahr.

Den Kongress eröffneten Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und DPR-Präsident Franz Wagner. Beide betonten die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen besonders im Hinblick auf die Fachkräftegewinnung. Trotz der partikularen Verbesserungen der letzten Jahre für die Pflege besteht weiterhin großer Handlungsbedarf, den der Minister nach eigenen Aussagen einsieht. So unterstütze er die Einführung von Personaluntergrenzen bis 2019 und die in den Sondierungen vorgesehene Ausweitung auf alle Bereiche. Vor allem die Bezahlung in der Pflege müsse besser werden: „Harte Arbeit verlangt faire Löhne“, so Gröhe. Aber auch die Pflegenden würden sich von der Politik im Stich gelassen fühlen. Das habe der in dieser Woche vorgestellte erste Care Klima-Index deutlich gezeigt. Reformen kämen in der Pflegepraxis noch nicht an. Er erwarte daher

konkrete Aussagen in einem möglichen Koalitionsvertrag. Allein in den Krankenhäusern müssten zügig 50.000 Stellen in der Pflege geschaffen werden. Im Anschluss folgte die Diskussionsrunde mit Prof. Heinz Lohmann, Jana Luntz, Prof. Dr. Frank Weidner und Prof. Dr. Axel Ekkernkamp, die sich den wichtigsten Fragen der aktuellen und zukünftigen pflegerischen Gesundheitsversorgung widmeten.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass das Thema Pflege mitten in der Gesellschaft und auch in der Politik angekommen ist. Das belegt die Diskussion im vergangenen Bundestagswahlkampf und die gestiegene mediale Aufmerksamkeit. An beiden Fortbildungstagen konnten sich die Besucher auf der begleitenden Ausstellung über neue Produkte und Dienstleistungen informieren. Zahlreiche Unternehmer der Pflegebranche, Institutionen und Ar-



© Britta Pedersen / Springer Pflege

Gesundheitsminister Gröhe

beitgeber haben diese Gelegenheit für Networking genutzt. Der Deutsche Pflegeverband war ebenfalls mit einem Stand vor Ort. Rolf Höfert, (Geschäftsführer), Martina Röder (Vorsitzende), Bernd Welk (Vorstandsmitglied), Tanja Dreischer, Uwe Kropp und Tanja Wagner führten viele Gespräche mit Mitgliedern und Interessierten. Parallel zum Kernprogramm gab es wieder die juristische Fachveranstaltung sowie das Forum Altenpflege von Vincentz Network. Dort konnten sich die Teilnehmer zu spezifischen Themen aus den jeweiligen Bereichen informieren.

Zum Ausklang des ersten Kongress-tages wurde bei der Abendveranstaltung im ZDF-Hauptstadtstudio der Award für die Pflegemanagerin und die Nachwuchsmanagerin des Jahres 2018 verliehen. Auch dieses Jahr gab es zahlreiche Bewerbungen, die von einer interdisziplinären und hochkarätigen Jury ausgewertet wurden. Gratulieren dürfen wir den beiden Erstplatzierten in der jeweiligen Kategorie: Helene Maucher als Pflegemanagerin des Jahres und Sabine Roßius als Nachwuchs-Pflegemanagerin des Jahres.

Und auch der nächste Termin steht schon fest: Der Kongress Pflege wird am 25. und 26. Januar 2019 wieder in Berlin stattfinden.



© Britta Pedersen / Springer Pflege

Teilnehmer bei der Eröffnung des von Springer Pflege veranstalteten Kongresses

DPV e.V.



CARE Klima-Index: Pflege fühlt sich im Stich gelassen

(Berlin) Am 16. Januar 2018 wurden die Ergebnisse des ersten CARE Klima-Index veröffentlicht. Befragt wurden insgesamt 2.016 Personen – darunter beruflich Pflegende, Vertreter/innen des Pflegemanagements, pflegende Angehörige, Patienten, Haus- und Fachärzte, Kostenträger und Verbände. Die zentralen Ergebnisse lauten: Die Pflege fühlt sich von der Politik im Stich gelassen: So bewerten 91% der professionell Pflegenden, dass das Thema Pflege in der Politik einen geringen Stellenwert hat.

Die neuen gesetzlichen Regelungen durch die Pflegestärkungsgesetze werden ebenfalls kritisch beurteilt: Bei den Pflegenden sehen 59% noch keine relevanten Verbesserung im

Alltag. Die Kostenträger fällen mit nur 35% jedoch ein deutlich positiveres Urteil.

Insgesamt fühlen sich die Pflegenden wenig wertgeschätzt: 56% der professionell Pflegenden beurteilen den gesellschaftlichen Stellenwert ihrer Profession niedriger als den anderer Berufsgruppen. Mit 73% wird die Qualität der Ausbildung von den Pflegenden als positiv eingeschätzt: Pflegemanager beurteilen sie allerdings nur mit 35% als gut. Ernüchterung setzt dann im Berufsalltag ein: Die Einschätzung des Qualitätsniveaus der professionellen Pflege landet nur noch im Mittelfeld.

Als großes Manko wird nicht zuletzt die personelle Ausstattung in der Pflege bewertet: 80% der Pflegenden empfin-

den sie als nicht ausreichend, ebenso 72% der Ärzte.

Hintergrund: Der CARE Klima-Index wurde von dem unabhängigen Institut Psyma Health & CARE GmbH in Kooperation mit dem Deutschen Pflegerat e.V. und der Schlüterschen Verlagsgesellschaft als Veranstalter des Deutschen Pfeletags konzipiert und realisiert. Er soll in Zukunft, analog zum ifo-Geschäftsklimaindex, jährlich die Veränderungen im Stimmungsbild der in der Pflege agierenden Akteure aufzeigen. Die Befragung 2017 ist daher eine Nullmessung, die die Basis für die Bewertung der zukünftigen Entwicklung ist.

www.deutscher-pfeletag.de

CSU plant eigenes Landesamt für Pflege und Gesundheit

(München) Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) will neun Monate vor der Landtagswahl die Sozial- und Familienpolitik neu ausrichten. In der Resolution „Bayern.Heimat.Zukunft“, die die Landtagsfraktion am 18.01.2018 auf ihrer Klausurtagung beschloss, fordert sie bessere Pflegebedingungen. Dazu soll ein eigenes Landesamt für Pflege und Gesundheit beitragen.

www.altenheim.net

Kommentar DPV: 2011 hatte Markus Söder als bayerischer Gesundheitsminister eine Pflegekammer für Bayern als erstes Bundesland in Aussicht gestellt, um den Pflegeberuf aufzuwerten und eine Gleichstellung mit Ärzten und Apothekern herbeizuführen. Hierzu gründete er damals ein Bündnis zur Errichtung einer Pflegekammer mit mehreren Verbänden, unter anderem dem Deutschen Pflegerverband. Mit der Errichtung einer losen Pflegevereini-

gung anstatt einer mündigen Pflegekammer durch die aktuelle Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, hat die CSU ihre Chance auf einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege verfehlt.

Inwieweit die von Söder geplante Institution die aktuellen Problemfelder lösen kann und welche finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden, bleibt weiterhin unklar.

NRW übernimmt Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz

(Düsseldorf) Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) der Länder übernommen. Die GMK dient der Zusammenarbeit und der Koordination der Länderinteressen in gesundheitspolitischen Fragen. Sie ist ein wichtiges Gremium der fachlichen und politischen Beratung und Abstimmung gesundheitspolitischer Themen und Aufgaben zwischen den Ländern. Karl-Josef Laumann, Gesundheitsminister

von NRW, wird sein Land als Vorsitzender der Konferenz vertreten. Bereits im Vorfeld hat Laumann die „Patientenorientierung im Gesundheitswesen“ als Schwerpunktthema für 2018 angekündigt.

www.gmkonline.de

Kommentar DPV: Mit Karl-Josef Laumann, als dem ehemaligen Patientenbeauftragten und Bevollmächtigten für Pflege der Bundesregierung, geht der Vorsitz der GMK an eine in der Pflege bewanderte Person, die gleichzeitig den Anliegen der Pflegenden und der Versicherten zugewandt ist. Somit bleibt zu hoffen, dass das dringende Thema Fachkräftemangel länderübergreifend angepackt wird.

Neues vom Landespflegerat Thüringen

(Saalfeld) In seiner jüngsten Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung befasste sich der Landespflegerat (LPR) mit der Planung der zweiten Landespflegekonferenz in Thüringen. Hierfür kamen der Vorstand und die Ratsmitglieder nach Saalfeld. Thema der Konferenz am 28. Mai 2018 soll die Pflegekammer sein. Als Referenten werden Markus Mai (Präsident der Pflegekammer

Rheinland-Pfalz), Rechtsanwalt Hubert Klein und Carsten Drude (Vorsitzender BLGS e.V.) angefragt. Ein weiteres Thema der Sitzung war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Pflegekammer. Am 20. Februar sollte es den ersten Sitzungstermin geben, bei dem ein Konzept zur Pflegekammer in Thüringen erarbeitet wird. Gleichzeitig sollten die Ergebnisse in einheitlichen Informations-

materialien für Pflegende transportiert werden. (Der Redaktionsschluss lag vor diesem Termin und die Ergebnisse waren zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt; Anm. der Redaktion.)

Hintergrund: Der LPR Thüringen ist der Zusammenschluss von Pflege- und Berufsverbänden in Thüringen. Er versteht sich als Expertengremium und fachlicher Ansprechpartner für die Akteure im Gesundheitswesen. Der im Sommer 2015 gegründete Verband setzt sich unter anderem für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegekräfte und Hebammen, für die generalistische Pflegeausbildung und für das Erstellen einer Berufsordnung ein. Der DPV wird im LPR Thüringen durch seine Vorsitzende Martina Röder vertreten; sie ist gleichzeitig die Vorsitzende des LPR.



Zufriedene Gesichter nach der Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung.

DPV e.V.

Uniklinik Münster schließt Station

(Münster) Das Universitätsklinikum Münster (UKM) hat aufgrund 100 fehlender Vollzeitstellen im Pflege- und Funktionsdienst im Januar eine Station schließen müssen. Der dortige Pflegedirektor, Thomas van den Hooven, berichtet in den „Westfälischen Nachrichten“ von zahlreichen Überlastungsanzeigen, dem Austritt von 270 Pflegekräften allein in 2017 und der Schließung von vier

von 32 Operationssälen. Für Patienten bedeute dies eine längere Wartezeit auf Operationstermine.

www.wn.de

Kommentar DPV: Die Stationsschließung am UKM ist ein weiterer Beweis für die Verschärfung des Fachkräftemangels in der Pflege. Erst kürzlich

musste in München eine Kinderklinik eine Station wegen Mangels an Pflegekräften schließen. In der jüngsten Vergangenheit gab es in mehreren Altenpflegeeinrichtungen aus demselben Grund Belegungsstopps und teilweise auch Schließungen. Es sind dringend politische Maßnahmen erforderlich, um eine Unterversorgung der Bevölkerung zu vermeiden.

Frühjahrsakademie in Bayern

(München) Die traditionelle Frühjahrsakademie des Bayerischen Landespflegerats (BLPR) stand in diesem Jahr unter dem Motto „WIR Pflegen haben die Wahl“. Um der Veranstaltung beizuwohnen, kamen am 6. Februar zahlreiche Teilnehmer in den Senatssaal des Maximilianeums. Im Fokus standen aktuelle Themen wie Personalmindeststandards, Digitalisie-

rung, Pflegeberufereformgesetz und Forderungen zu den bayerischen Landtagswahlen 2018.

Mit der Frühjahrsakademie signalisierte der BLPR erneut, dass die professionelle Pflege bereit ist, ihre Expertise einzubringen und Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der eigenen Profession zu übernehmen. Auch in der Podiumsdiskussion, wo Landtagsabgeord-

nete, pflegepolitische Sprecher und Mitglieder des BLPR über die in 2018 anstehenden Landtagswahlen debattierten, machte die Pflege deutlich, dass Taten statt Versprechen erwartet werden.

Der DPV hat sich als Mitglied im BLPR an der Organisation der Veranstaltung aktiv beteiligt.

DPV e.V.



© froxx / iStockphoto

Erbter Schmerzensgeldanspruch

(München) Der 1. Senat des OLG München hat am 21.12.2017 entschieden, dass dem Kläger als Alleinerben seines verstorbenen Vaters Schmerzensgeldansprüche im Zusammenhang mit dessen künstlicher Ernährung mittels PEG-Sonde in den Jahren 2010 und 2011 gegen den behandelnden Hausarzt zustehen. Der Kläger sei der Auffassung, die Ernährung über die Sonde, der er nie zugestimmt habe, sei spätestens ab Anfang 2010 medizinisch nicht mehr indiziert gewesen. Vielmehr habe sie ausschließlich zu einer sinnlosen Verlängerung des krankheitsbedingten Leidens seines Vaters ohne Aussicht auf Besserung des gesundheitlichen Zustands geführt. Der Patient sei nur noch verkrampft im Pflegebett gelegen, habe schwer gelitten und am Leben nicht mehr teilgenommen. Die künstliche Ernährung habe in diesem Zeitraum einen rechtswidrigen körperlichen Eingriff und damit einen Behand-

lungsfehler und eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts seines Vaters dargestellt. Der Beklagte sei als Hausarzt daher zur Änderung des Therapieziels dahingehend verpflichtet gewesen, das Sterben des Patienten unter palliativmedizinischer Betreuung und Beendigung der Ernährung über die PEG-Sonde zuzulassen.

Der Beklagte wies eine Pflichtverletzung zurück. Er habe in mehreren Gesprächen mit dem Betreuer des Patienten dessen Gesundheitszustand geschildert und auch die Frage einer Beendigung der Sondenernährung diskutiert. In seiner Berufungsentscheidung tritt der 1. Senat des OLG München folgende Auffassung: Als behandelnder Arzt eines nicht mehr einwilligungsfähigen Patienten wäre der Hausarzt jedoch verpflichtet gewesen, die Fortsetzung der PEG-Sondenernährung im Stadium der finalen Demenz mit Umstellung des Behandlungsziels auf rein

palliative Versorgung mit der Folge eines alsbaldigen Todes des Patienten besonders gründlich mit dem Betreuer zu erörtern. Eine derartige vertiefte Erörterung mit dem Betreuer war hier auch nach Angaben des Beklagten, nicht erfolgt. Der Senat hat eine Verletzung der Pflicht des Arztes zur umfassenden Information des Betreuers (§ 1901 b Abs. 1 BGB) somit bejaht. Der Kläger hält ein Schmerzensgeld in Höhe von 100.000 Euro für angemessen und beantragte eine Zahlung von Schadensersatz in Höhe von 53.000 Euro.

Der Anspruch auf Schmerzensgeld ist nach der Entscheidung des Senats uneingeschränkt vererblich, konnte also vom Kläger als Alleinerbe geltend gemacht werden.

OLG München (Az. 1 U 454/17) vom 21.12.2017
Bayerisches Staatsministerium, PM 91/2017

Niels H.: Weitere Mord-Vorwürfe

(Oldenburg) Die Mord-Vorwürfe um den Ex-Pfleger Niels H. entwickeln sich zu der wahrscheinlich größten Mordserie in der deutschen Kriminalgeschichte. Wie verschiedene Medien berichteten, wurden nach einer groß angelegten Ermittlung 97 weitere Mordfälle bekannt, die Niels H. verübt haben soll. Daraufhin hat die Staatsanwalt-

schaft in Oldenburg den bereits verurteilten Patientenmörder Niels H. angeklagt. Der ehemalige Krankenpfleger soll am Klinikum Delmenhorst 62 Patienten und am Klinikum Oldenburg 35 Patienten aus Langeweile und Wichtigtuerei getötet haben. Er habe seinen Opfern Medikamente gespritzt, die unter anderem lebensbedrohliche Herz-

rhythmusstörungen verursachten, um sich dann mit Reanimationsmaßnahmen als Retter „aufzuspielen“.

Wegen sechs weiterer Taten ist der Krankenpfleger bereits zu lebenslanger Haft verurteilt.

DPV e.V.

Gesetz gegen Abrechnungsbetrug unwirksam

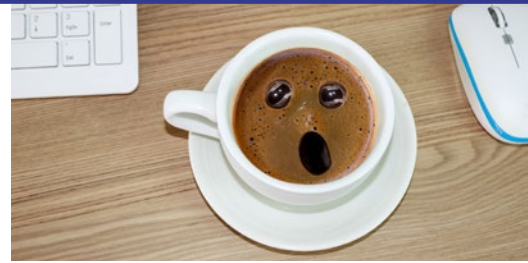
(Berlin) Das 2016 in Kraft getretene Gesetz gegen Abrechnungsbetrug von Pflegediensten verfehlt offenbar sein Ziel. Die neuen Abrechnungsprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) hätten nicht dazu beigetragen, Betreiber zu enttarnen, die Pflege- und Sozialkassen jährlich um bis zu einer Milliarde Euro schädigten. Das ergaben

jetzt Recherchen von Bayerischem Rundfunk und Welt.

Zwar hätten die seit Oktober 2016 erfolgten Kontrollen bei etwa jedem dritten Pflegedienst Unregelmäßigkeiten ergeben. Doch Betriebe, die mithilfe von Schein-Pflegebedürftigen nur Pflege vortäuschten, erreichte man damit gerade nicht – weil sie ohnehin mit doppelter Buchführung arbeiteten, er-

klären das Rechercheteam Polizeiermittler und Korruptionsbekämpfer übereinstimmend.

www.bibliomed-pflege.de



© thinkstockphotos/Cherries.ID

Armutzeugnis der Koalitionäre für die Pflege

Kalter Sondierungskaffee als Koalitionsspresso?

Das aus Sicht der Pflege erbärmliche Sondierungspapier wurde in den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD konsentiert. Höchstwahrscheinlich wird es nun zum Inhalt des endgültigen Koalitionsvertrages werden.

Unsere Forderung nach Schaffung von 100.000 neuen Stellen in der Pflege wurde ignoriert. Stattdessen freuen sich Malu Dreyer (Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz, SPD) und Hermann Gröhe (Bundesgesundheitsminister, CDU) über ein Sofort-Programm mit 8.000 Stellen bei der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen. Umgerechnet sind es nur 0,6 Stellen pro Einrichtung. Somit fällt es schwer, diese Freude nachzuvollziehen. Wer das als Erfolg verkauft, kann entweder nicht rechnen oder ist schlichtweg scheinheilig.

Zudem soll, laut den Aussagen von Dreyer, gegen den Personalmangel ein Qualifizierungsprogramm aufgelegt werden. Das Vorhaben wird nicht näher konkretisiert, was uns wiederum an der Ernsthaftigkeit zweifeln lässt. Für die Bereiche Krankenhaus und am-

bulante Pflege, die ebenfalls stark unter den Folgen des Pflegekräftemangels leiden, werden nur vage Versprechen gemacht. Von Dreyer erwarten wir eine Antwort, wie damit eine würdevolle Pflege gewährleistet werden soll.

Die routinierte Gleichgültigkeit der Politiker ist empörend, denn die Fakten sind allen Verantwortlichen hinlänglich bekannt. Die Versorgung der Bevölkerung ist in allen Leistungsbe- reichen der Pflege durch Personalman- gel gefährdet. Für professionell Pfle- gende ist das eine nicht mehr zu verant- wortende Belastung. Unter diesen Um- ständen ergreifen viele die (Berufs-) Flucht; der Begriff Pflerxit hat sich in der Branche fest etabliert. Daran ändert auch der angedachte flächendeckende Tarifvertrag nichts, dessen Finanzia- rung noch in den Sternen steht. Das Pflegeberufereformgesetz ist am

17.07.2017 in der politischen Pipeline steckengeblieben und wartet seither auf die Verabschiedung der Ausbil- dungs- und Prüfungsverordnung durch den Bundestag. Diese Schwerfä- ligkeit ist eine Zumutung für die ge- samte Branche, die wir nicht länger hinnehmen werden.

„Wir brauchen keine Schönheitsrepa- raturen, sondern einen Neustart für die Pflege. Und vor allem brauchen wir Po- litiker, die unsere Forderungen hören und nicht im Nachhinein die unhaltba- ren Zustände beklagen, die sie selbst zu verantworten hatten“, so Rolf Höfert, Geschäftsführer DPV. „Diese politi- sche Schwerhörigkeit muss Folgen ha- ben. Es kann nicht sein, dass wir mit 8.000 Stellen und netten Versprechen abgespeist werden. Offensichtlich müs- sen wir gemeinsam den Druck erhö- hen.“ Bertolt Brecht hat es treffend for- muliert: „Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

DPV e.V.

Jubilare März 2018

40 Jahre Mitgliedschaft

Tröster, Anneliese, Borod

35 Jahre Mitgliedschaft

Bohr, Renate, Saarlouis
Malz, Ulrike, Zweibrücken

30. Jahre Mitgliedschaft

Maier, Thomas, Mertesdorf
Pleines, Christa, Ludwigshafen
Regnery-Basic, Gabriele, Trier
Sturm, Elke, Seeheim-Jugenheim
Utermöller, Marga, Kassel

25 Jahre Mitgliedschaft

Erbel, Doris, Westerstede
Illyzckyj, Lucie, Höchst
Imfeld, Mechthild, Freinsheim

Stange, Andrea, Hannover

20 Jahre Mitgliedschaft

Bergmann, Sylvia, Weisnee
Bertsch, Angelika, Reichenbach
Brand, Ellen, Crawinkel
Hubert, Manuela, Wenzendorf
Jochum, Bettina, Illingen
Kern-Jundi, Gabi, München
Krebs, Christiane, Heiligenroth
Langenthal, Regina, Neuwied-Rodenbach
Lapschies, Grieseldis, Grafing
Ortner, Ilka, München
Otte, Geraldine, Dresden
Scherbaum, Christine, Frankfurt
Schneiders, Angelika Kürten-Biesfeld
Schulz, Florian, Gifhorn
Schulze, Heike, Strausfurt

Simon, Simone, Kronberg
Steinhauer, Tanja, Mülheim/Ruhr
Pflücker, Martina, Kassel
von Wangenheim, Stefan, DreieichRent-
schler, Traude, Neuenburg
Schmitz, Erika, Mendig
Schmidt, Ina, Werneuchen
Senftleben, Lutz, Radibor
Tappmeier, Gabi, Ulm



© [M] Nelos / fotolia.com

Wir bedanken uns für Ihre Treue!

Deutscher Pfl egetag

„Pfle ge st ärken mit starken Partnern“

15.–17. März 2018
STATION – Berlin (Gleisdreieck)

Der Deutsche Pfl egetag ist Deutschlands führender Pfl egekongress. Unter dem Motto „Teamarbeit – Pfl ege interdisziplinär!“ treffen sich 2018 über 10.000 Interessent-

ten der Branche, um die Zukunft der Pfl ege zu gestalten.

Exklusiv für Verbandsmitglieder:
15% Rabatt auf den regulären Ticketpreis. Bei Gruppenbuchungen sogar 20%. Dabei sein lohnt sich!

Info:
www.deutscher-pflegetag.de



Pfl egetag Rheinland-Pfalz 2018

Pfl ege in RLP

17. April 2018
Rheingoldhalle in Mainz

Das Programm des zweiten rheinland-pfälzischen Pfl egetags gliedert sich in verschiedene wählbare Blöcke (Sessions), Fachvorträge, die Möglichkeit des Besuchs

der Fachmesse und vieles mehr. Das vielseitige und spannende Programm ist speziell auf die Pfl ege in Rheinland-Pfalz zugeschnitten.



Info:
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (KdöR)
Große Bleiche 14-16
55116 Mainz
Tel.: 06131-327380
Fax: 06131-3273899
E-Mail: info@pflegekammer-rlp.de
www.pflegetag-rlp.de

6. Interprofessioneller Gesundheitskongress

„Viele Professionen – ein Patient“

20.–21. April 2018
Internationales Congress Center Dresden

Themen:

- Interprofessionelle Aus-/Fortbildung
- Risikomanagement
- Berufspolitik Pfl ege
- Sektorenübergreifende Versorgung
- Interprofessionelle Kommunikation
- Gemeinsam Patienten stärken
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Palliative Care
- Gesund bleiben im Gesundheitsberuf

Info:
Springer Medizin Verlag GmbH
Kongressorganisation
Tel.: 030 82787-5510
www.gesundheitskongresse.de

Der DPV ist vor Ort – besuchen Sie uns!
Ermäßigte TN-Gebühr für DPV-Mitglieder.

Pflegende erhalten bis zu 6 Fortbildungspunkte/Tag im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegender RbP GmbH.




DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev. Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79
10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Marion Mielsch
marion.mielsch@t-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
khheller@gmx.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de
info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

KLIEMO A.G. / S.A. / N.V.
Hütte 53
4700 EUPEN, BELGIEN